

AUSLAND

EU wird Guantanamo-Gefangene aufnehmen

Aktualisiert am 04.02.2009

Das EU-Parlament hat sich für die Aufnahme von Guantanamo-Insassen ausgesprochen, sofern diese nach Schliessung des Lagers weder in den USA bleiben noch in ihre Heimat zurückkehren können.



EU bereitet sich zur «Stärkung des Völkerrechts» auf die Aufnahme vor: Guantanamo-Häftlinge auf Kuba. (Bild: Keystone)

In einer am Mittwoch in Strassburg verabschiedeten Resolution stellten die Abgeordneten klar, zunächst einmal seien die USA für das Schicksal der Gefangenen verantwortlich. Die EU-Regierungen sollten sich aber darauf vorbereiten, «Guantanamo-Häftlinge in der EU aufzunehmen, um einen Beitrag zur Stärkung des Völkerrechts zu leisten».

Die USA riefen das Parlament dazu auf, allen Gefangenen Zugang zu einem fairen Gerichtsverfahren zu verschaffen. Im Falle einer Verurteilung müssten sie in den Vereinigten Staaten inhaftiert werden. Diejenigen Guantanamo-Insassen, gegen die mangels Beweisen keine Anklage erhoben werde, müssten entweder in ihre Heimatländer zurückkehren oder, sofern ihnen dort Verfolgung drohe, in den USA bleiben dürfen. Die EU-Staaten sollten dennoch «im Falle einer Anfrage vonseiten der US-Regierung (...) vorbereitet sein, Guantanamo-Häftlinge aufzunehmen».

Artikel zum Thema

Guantánamo: Die Schweiz will Obama helfen

Unionspolitiker kritisieren Resolution

Zur Begründung erklärte das Parlament, «dass die Verantwortung für die Achtung des Völkerrechts und der Grundrechte bei allen demokratischen Staaten liegt». Mehrere konservative Abgeordnete kritisierten die Resolution allerdings scharf. Der CDU-Politiker Elmar Brok erklärte, Europa sei nur für diejenigen Gefangenen verantwortlich, «die bereits vor ihrer Inhaftierung eine unmittelbare Verbindung zu einem EU-Mitgliedstaat hatten». Der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber nannte es sogar «undenkbar, dass die EU-Mitgliedstaaten potenzielle Gefährder aufnehmen».

In Guantanamo befinden sich derzeit noch rund 250 Häftlinge. Von den 525, die in den

vergangenen Jahren bereits entlassen wurden, sind nach Angaben der US-Regierung seither 61 an terroristischen Aktivitäten beteiligt gewesen. (mbr/ap)

Erstellt: 04.02.2009, 14:17 Uhr

© baz.online